

Das Wirtschaftswunder in der Prärie

USA Veritables Wachstum, kaum Arbeitslose, die Staatskasse prall gefüllt: Der kleine US-Staat North Dakota floriert, während der Rest der USA in der Rezession versinkt.

RENZO RUF, FARGO (NORTH DAKOTA)
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Das Klischee stimmt: Der Winter in der amerikanischen Prärie ist garstig. Bereits im Dezember sinkt die Temperatur in Fargo, der grössten Stadt North Dakotas, weit unter den Gefrierpunkt. Zudem bläst ein eisiger Wind, der selbst den Gang ins lokale Kaffeehaus zu einer Tortur macht. Deshalb erstaunt es nicht, dass in diesem Teil des Landes eine Fernsteuerung des fahrbaren Untersatzes zu den beliebtesten Weihnachtsgeschenken gehört: Mit einem simplen Knopfdruck lassen sich das eigene Auto und dessen Heizung bereits vom wohligen warmen Wohnzimmer aus starten. «Damit wird das Leben ein wenig erträglicher», sagt die Rezeptionistin in einem Hotel in Fargo.

Wirtschaft wächst um 7,1 Prozent

Das Geld für solche Luxusgeschenke ist dieses Jahr vorhanden. Denn in North Dakota ist von der Wirtschaftskrise, unter deren Folgen Amerika immer noch leidet, wenig zu sehen. Im Gegenteil: Das dünn besiedelte North Dakota gilt als veritabler Schrittmacher. Im Jahr 2010 wuchs die Wirtschaft um 7,1 Prozent, mit Abstand die höchste Rate in den gesamten USA. Seit Monaten weist der Staat an der Grenze zu Kanada zudem die tiefste Arbeitslosenrate unter den 50 US-Staaten auf. Gemäss den neusten verfügbaren Zahlen (November 2011) beträgt die Quote 3,4 Prozent – fünf Punkte weniger als im ganzen Land.

Der Grund für diese Ausnahmestellung eines Staates, dessen Bevölkerung auch dank der Erfolgskomödie «Fargo» von Joel und Ethan Coen als hinterwäldlerisch gilt: eine Mischung aus harter Arbeit und viel, viel Glück. Die Landwirtschaft, lange Jahre das Rückgrat von North Dakota, profitiert von stei-

genden Rohstoffpreisen. Hinzu kommt ein Energieboom: Dank neuen Förder-technologien kann seit 2005 das prall gefüllte Reservoir in der Bakken-Formation angezapft werden – seither wächst die Fördermenge jedes Jahr sprunghaft. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2011 wurden in North Dakota 78 Millionen Fässer Erdöl gefördert, ein Wert, der in den USA nur gerade in Texas, im Golf von Mexiko, in Kalifornien und in Alaska übertroffen wird. Tendenz für North Dakota: stark steigend.

Paul Lucy, der Direktor der staatlichen Abteilung für wirtschaftliche Entwicklung, windet aber vor allem dem konservativen und verlässlichen Menschen-schlag, der in North Dakota zu Hause ist, ein Kränzchen. Im Gespräch sagt er, dass die lokalen Arbeitskräfte im ganzen Land «für ihre hohe Produktivität, eine tiefe Abwesenheitsrate, eine niedrige Fluktuation und ein grosses Qualitätsbewusstsein» geschätzt würden. Der hohe Anteil an Einwanderern aus Norwegen mag dabei eine Rolle spielen. Noch heute besitzt ein Drittel der knapp 690 000 Einwohner Wurzeln in Skandinavien.

Tiefe Steuern, viel Subventionen

Nordisch mutet auch die Wirtschaftspolitik von North Dakota an, die einer amerikanischen Spielart der sozialen Marktwirtschaft gleicht. Die lokalen Politiker gelten als Rappenspalter: Die Staatskassen sind prall gefüllt und die Steuerraten vergleichsweise tief. Dies schafft ein stabiles Umfeld. Hinzu kommt, dass North Dakota als einziger Bundesstaat der USA eine Bank sein Eigen nennt. Über das staatliche Finanzinstitut, passenderweise Bank of North Dakota genannt, kann die Regierung ansässigen Firmen erschwingliche Kredite verleihen und Investitionen mitfinanzieren. Bei der Ansiedlung von Unternehmen greift das Handelsministerium zudem auf eine Palette von Subventionen zurück, wie Wirtschaftsförderer Lucy ausführt. Die entsprechende Broschüre des Finanzministeriums zählt 26 Seiten.

Damit sich diese Standortvorteile in Europa herumsprechen, arbeite die Staatsregierung mit einem britischen Beratungsunternehmen zusammen, sagt Lucy. Die «recht aggressive» Kampagne



Seit 2005 wird in North Dakota jedes Jahr mehr Erdöl gefördert.

Getty / Phil Schermeister

richtet sich vor allem an Unternehmen der Windenergiebranche, die in North Dakota ein starkes Standbein besitzt. Immer häufiger richten sich die Lockrufe der Wirtschaftsförderer aber auch an Technologieunternehmen. Erst in diesem Monat gab Gouverneur Jack Dalrymple, ein Republikaner, die Ansiedlung eines Joint Ventures zwischen dem Computerriesen Microsoft und der Beratungsfirma Hitachi bekannt.

Eine Insel allerdings ist auch North Dakota nicht. Lokale Unternehmen beklagen sich immer häufiger über Probleme bei der Rekrutierung von Angestellten – weil die privaten und staatlichen Arbeitsvermittler mit der Nachfrage nach Personal nicht Schritt halten können und weil der Staat unter einer

North Dakota hat als einziger US-Bundesstaat eine eigene Bank.

Wohnungsnot leidet. In einigen Verwaltungsbezirken leben Tausende von Menschen in temporären Unterkünften; Städte wie Williston an der Grenze zu Montana plätzen förmlich aus allen Nähten. Die rund 35 000 Öl-Angestellten stecken solche Probleme häufig weg, auch weil sie in North Dakota bis zu dreimal mehr verdienen als im Rest des Landes. Klagen über den Zustand der Infrastruktur nehmen dennoch zu. Jedes Frühjahr ist der Staat von massiven Überschwemmungen betroffen, die dieses Jahr Schäden in Milliardenhöhe verursachten. Und die oft schnurgeraden, einsamen Landstrassen leiden unter einem enormen Verschleiss, für den vor allem die Ölindustrie verantwortlich gemacht wird. Diese Klagen seien selbstverständlich auch ihm zu Ohren gekommen, sagt der oberste Wirtschaftsförderer von North Dakota. Abhilfe werde geschaffen, verspricht Paul Lucy: «Wir verfügen über die Ressourcen, um die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.»

In Europa stehen die Zeichen auf Sturm

Das Jahr 2012 könnte nicht spannender beginnen. Wird sich die Krise in Europa ausweiten und die Weltwirtschaft mit in den Abgrund reissen? Oder ist die Spitze der Staatsschuldenkrise und der damit zusammenhängenden Bankenkrise schon erreicht?

Wir sind alle betroffen. Im Krisenfall wird auch die Schweiz in eine tiefe Rezession fallen, mit einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit, als wir es gewohnt sind. Tatsächlich gibt es Anzeichen für einen weiteren Sturm in Europa. Erst vor drei Wochen musste die Europäische Zentralbank den Geschäftsbanken mit mehr als 600 Milliarden Franken aushelfen: billiges Geld mit schlechten Sicherheiten als Pfand und dann erst noch für rekordverdächtige drei Jahre. Aber das ist noch nicht alles. Die Dimensionen der diversen Hilfsmittel wachsen in Fantastilliardenhöhe. Die Finanzierung der unterschiedlichen Entzugstherapien und

AUSSICHTEN

-kuren von der Schuldendroge wird immer undurchsichtiger. Trickreich werden Steuerzahler und Parlamente umgangen, um sie nicht über die gigantischen Risiken aufzuklären. Die Zentralbanken, auch die Schweizerische Nationalbank, haben ihre politische Unabhängigkeit längst verloren – nicht de iure, aber de facto. Sie werden instrumentalisiert, um den Euro zu retten, von dem sich viele vermögende Investoren abgewendet haben. Vielleicht ist aber in diesen dunkelsten Momenten der Zeitpunkt gekommen, faktenbasiert nach besseren Währungs-räumen Ausschau zu halten. Nüchtern

betrachtet, gibt es allerdings schon noch valable Gründe, um an den Euro und dessen Stabilität zu glauben, eher als an das britische Pfund oder an den amerikanischen Dollar. Immerhin gibt es sichtbare Zeichen von einer verbesserten Haushaltsdisziplin in der Eurozone. Glaubt man den Prognosen der OECD, so setzt mit einem erwarteten Defizit von 2,9 Prozent (2012) eine deutliche Verbesserung gegenüber dem gegenwärtigen Defizit von 4,0 Prozent (2011) ein. Beide Jahreswerte liegen deutlich unter dem Vorjahr (6,2 Prozent im Jahr 2010 in der Eurozone), und sie liegen noch viel deutlicher unter den geradezu explodierenden neuen Staatsschulden in den USA.

In der Eurozone mag man sich über Griechenland ärgern, aber katastrophal wäre, wenn die fast hoffnungslos verschuldeten Briten auch noch dazuzählen würden. Die Aussichten auf Gesundung wären noch viel schwärzer. Dort wurde am stärksten gezoxt, und langsam entweicht der Londoner Finanzblase die Luft und wirft die grösste Finanzmetropole Europas in eine Phase der Rezession und der Depression.

Vor allem aber wachsen die Schuldenberge in den USA und in Japan ungebremst in horrende Höhen. Das Modell, mit dauerhaft niedrigen Zinsen und immer höherer Verschuldung Wachstum zu erzeugen, ist fehlgeschlagen und beeinträchtigt die Wachstumschancen immer stärker. Dagegen gibt es erfreuliche Botschaften aus den schnell wachsenden Ländern, den sogenannten Schwellenländern. Hier liegt die Zukunft. Deren Wettbewerbsfähigkeit steigt, und sie zeigen den Ländern der Eurozone klar, was getan werden muss. Glaubwürdige Führung des Staatshaushalts, Förderung von zu-

Haushaltsdefizite

Prognosen in % des Bruttoinlandsprodukts

Land	2011	2012
Deutschland	-1,2	-1,1
Italien	-3,6	-1,6
Frankreich	-5,7	-4,5
Portugal	-5,9	-4,5
Spanien	-6,2	-4,4
Grossbritannien	-1,2	-1,2
USA	-10,0	-8,9

Quelle: OECD (24. November 2011)

Neue Kolumne

AUSSICHTEN red. In der heutigen Ausgabe der «Zentralschweiz am Sonntag» starten wir eine neue Kolumne zu den Aussichten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschafts- und Konsumwelt sowie an den Finanz- und Anlagemärkten. Bestritten wird die wöchentliche Kolumne von einem Team von Professoren des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ), das Teil der Hochschule Luzern – Wirtschaft ist.

Den Anfang macht heute Maurice Pedergnana, Studienleiter und Wirtschaftsexperte am IFZ, mit einem Ausblick auf den Euro-raum. Ebenfalls zum Kolumnisten-team gehören Sita Mazumder, Gabrielle Wanzenried, Markus Schmidiger, Christian Wunderlin und Monika Roth.

kunftsträchtigen Industrien, viel Bildung und mehr Forschung.

Ich bin überzeugt davon, dass es den Euro auch in 40 Jahren noch geben wird, mit deutlich mehr Mitgliedern als heute. Die Währungsunion ist gewissermassen die Krönung von 60 Jahren europäischer Integration, nach Jahrhunderten von Kriegen. Der Weg der Integration wird weiterverfolgt werden müssen, mit neuen Instrumenten der Steuerung von Wirtschaft und Währung. Und mit einer neuen Sparsamkeit, damit der nächsten Generation nicht eine untragbare Schuldenlast hinterlassen wird. Das Umdenken hat begonnen. Jeder will sparen, doch keiner will, dass der Staat in jenem Bereich einzusparen beginnt, von dem er selbst am stärksten betroffen sein wird. Jeder weiss, dass die Sanierung des Finanzhaushalts nicht mit homöopathischen Mitteln erzielt werden kann, aber jeder fürchtet den

notwendigen chirurgischen Eingriff. Die Operation schmerzt, befreit aber auch von Illusionen und setzt neue (Wachstums-)Kräfte frei. Das betrachte ich als einen echten Fortschritt zur Gesundung der Eurozone.

HINWEIS

► Maurice Pedergnana (47) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ. ◀



«Die Operation schmerzt, befreit aber von Illusionen.»

MAURICE PEDERGNANA